

## **DIE LINKE. Bezirksverband Berlin Mitte**

1.Tagung der 9. Hauptversammlung am 14.01.2023

Beschlüsse

### **Beschluss des Leitantrages A 1**

#### **DIE LINKE. Berlin Mitte in multiplen Krisenzeiten: Sozialistisch, aktiv, selbstbewusst!**

Antragsteller\*innen: Bezirksvorstand

#### **Die Krise braucht LINKE Antworten**

Wir befinden uns inmitten einer Krise des Kapitalismus. Eine Krise, die aber nicht alle gleichermaßen betrifft, sondern vor allem Arbeiter\*innen, Empfänger\*innen von Transferleistungen, Azubis, Studierende und Rentner\*innen und kleine Selbständige in existentielle Nöte treibt. Die Mieten steigen ungebremst weiter, die Energiepreise verdoppeln bis vervierfachen sich, Lebensmittel sind im Durchschnitt fast 20% teurer als noch vor einem Jahr! Die Inflation stieg bereits vor dem Krieg in der Ukraine steil an und wird zusätzlich durch Lieferengpässe und Sanktionen verschärft. Währenddessen konnte etwa der deutsche Energiekonzern RWE seine Gewinne im 1. Halbjahr 2022 verdoppeln. Wenn die Unternehmen selbst keine Profite erwirtschaften können, greift die Ampelregierung im Interesse des Kapitals ein. Deutschlands größter Gasimporteure Uniper kriegt mehr Geld vom Staat, als seine Konkurrenten Profite machen. Zusätzlich werden über 100 Milliarden Euro mobilisiert, um für künftige Kriege gewappnet zu sein und die Interventionsfähigkeit der deutschen Armee in weiteren Teilen der Welt, wo das deutsche Kapital seine Interessen vermutet, bis vor einem Jahr noch in Afghanistan und immer noch zum Beispiel in Mali, auszubauen.

#### **Die Ampelkoalition löst keine Probleme**

Während die Ampel, wenn es darum geht, die Interessen der Lohnarbeitenden, kleiner Selbständiger und auf Transferleistungen angewiesener Menschen zu berücksichtigen, auf voller Linie versagt – SPD und Grüne dabei ihre eigene Untätigkeit auf die FPD schieben – treibt die Energiekrise, die Inflation und der Mietenwahnsinn Millionen Menschen in die Armut. Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher. Die Zahl der Milliardäre wächst. Eine gerechte Steuerpolitik, die den gesellschaftlichen Reichtum auf diejenigen umverteilt, die ihn durch ihre Lohnarbeit erwirtschaften und allen eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen würde, bleibt weiterhin aus. Wir fordern eine bedarfsgerechte Verteilung der beschlossenen Hilfen für diejenigen, die sie am meisten benötigen, keine Hilfen nach dem Gießkannenprinzip, von denen vor allem die Besserverdienenden profitieren. Außenpolitisch wetteifern die Grünen, FDP und CDU, wer Krieg am besten findet. Es werden schwere Waffen in Kriegsgebiete geliefert und der schreckliche Krieg in der Ukraine setzt sich fort. Was gegenüber Russland zu Recht verurteilt wird, wird totgeschwiegen, wenn es das NATO-Land Türkei in den kurdischen Autonomiegebieten oder das frisch mit deutschen Waffen ausgestattete Saudi-Arabien im Jemen macht. Wir verurteilen die Angriffe der Türkei auf kurdische Gebiete. Als Friedenspartei sind wir solidarisch mit den Menschen in der Ukraine, die unter den Angriffen Russlands leiden, und mit den Flüchtenden, denen wir eine sichere Bleibe hier in Berlin und in Deutschland bieten möchten. Wir sind gleichzeitig solidarisch mit den desertierenden Soldaten Russlands, denen Deutschland die Einreise ermöglichen und ohne bürokratische Hürden Asyl bieten muss und wenden uns gegen Russophobie und antislawischen Rassismus. Wir treten für eine diplomatische Lösung des Konfliktes ein. Außerdem verurteilen wir die Doppelstandards, mit denen Geflüchtete durch das deutsche Asylsystem behandelt werden, und fordern, dass die Unterstützung, die ukrainische Geflüchtete genießen, auf Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern ausgeweitet wird!

Zur Bekämpfung von Energie- und Klimakrise, Inflation, Krieg und Mietenwahnsinn braucht es eine sozialistische Partei, die die Interessen der Lohnabhängigen und kleinen Selbständigen, der Aktivist\*innen für Klimaschutz und Frieden, der Studierenden, der Rentner\*innen, der Erwerbslosen und der Menschen mit Migrationsgeschichte und jeglichen Diskriminierungserfahrungen vertritt und ihrer Rolle als verbindende Kraft gerecht wird. Kurz: Es braucht DIE LINKE!

In den kommenden Wochen, Monaten und Jahren arbeiten wir weiterhin gemeinsam daran, auf der Straße, im Betrieb, in den Universitäten, in den Vereinen, Bewegungen und Initiativen sichtbar zu sein. Wir kämpfen und werben weiter für unsere sozialistischen Inhalte – Vergesellschaftung, Frieden, Antifaschismus, Antirassismus, Feminismus, die Rechte von LGBTQIA+<sup>1</sup>, höhere Löhne, Umverteilung und Klimagerechtigkeit!

### **Kampflustig in den Wahlkampf!**

In dem aktuell laufenden Wiederholungswahlkampf werden wir klar machen: DIE LINKE ist die einzige Partei, die überzeugende Antworten auf die Sorgen und Probleme der vielen Berliner\*innen geben kann, die gerade angesichts der Energie- und Mietenkrise in die Armut abrutschen oder schon lange so arm sind, dass die Preissteigerungen ihre Existenz bedrohen. DIE LINKE stellt sich gegen die unmenschlichen Winterabschiebungen, die der SPD-geführte Innensenat aktuell gegen den Koalitionsvertrag durchführt. Als einzige Partei vertreten wir über eine Millionen Berliner\*innen, die die großen Wohnungskonzerne enteignen wollen. Unsere Grundbedürfnisse müssen dem Markt und der Profitwirtschaft entzogen und in die öffentliche Daseinsvorsorge überführt werden.

Nur DIE LINKE will das auf privaten Profit orientierte Wirtschaftssystem grundsätzlich verändern und eine Wirtschaft, die sich an unseren Bedürfnissen als Gesellschaft orientiert, anstatt wie SPD und Grüne oberflächliche Schönheitskorrekturen am Kapitalismus vorzunehmen und gleichzeitig immer mehr Teile der ohnehin kaputtgesparten Daseinsvorsorge dem Markt zu überlassen. Daher kämpfen wir auch weiterhin gegen die maßgeblich von den Grünen vorangetriebene Privatisierung und Zerschlagung der Berliner S-Bahn. Das Ziel muss eine S-Bahn in kommunaler Hand sein. Einer möglichen Zerschlagung und dem Einstieg privater Unternehmen erteilen wir eine Absage.

Unser Ziel als Bezirksverband ist es, die Ergebnisse der Berlinwahl 2021 zu verbessern, den Wahlkreis 2 in Mitte zurückzugewinnen und Grünen und SPD alle anderen Wahlkreise, insbesondere den Wahlkreis 6 Gesundbrunnen/Soldiner Kiez, streitig zu machen. Wir wollen unsere BVV-Wahlergebnisse verbessern und damit unseren Jugend- und Gesundheitsstadtrat in seinem Kampf um den Erhalt von Angeboten für unsere Jugendlichen und Kinder im Bezirk und eine gute ausgestattete Gesundheitsvorsorge im Bezirk unterstützen.

### **Der Bezirksvorstand aktiviert eine starke Basis!**

Der Bezirksvorstand wird aufgefordert, die politische Arbeit in der kommenden Bezirksvorstandslegislatur zu führen und die Basis einzubinden, zu Initiativen anzuregen und zu aktivieren. Schwerpunkte sollen die Themen Mietenwahnsinn, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Friedenspolitik und Antirassismus sein.

Des Weiteren wird der Bezirksvorstand beauftragt, regelmäßig politische Angebote zum Mitmachen für alle Mitglieder anzubieten und mit der Basis zu entwickeln: So sollen parteiinterne wie externe Veranstaltungen und Aktionsformate angestoßen und gemeinsam mit allen Genoss\*innen umgesetzt werden.

Der Bezirksvorstand wird außerdem aufgefordert, für die auf der letzten Hauptversammlung am 14. Mai 2022 beschlossene Reformierung des Bezirksverbandes (Basisorganisationen/Ortsverbände) einen Vorschlag zu erarbeiten und unter Einbeziehung der Mitglieder eine Debatte über das geeignetste Organisationssystem für unseren Bezirksverband zu führen.

### **Wir wollen stärker und präsenter werden!**

Mit Sorge sehen wir, dass auch im bislang stetig wachsenden Bezirksverband Mitte Mitgliederverluste zu verzeichnen sind. Das müssen wir umkehren! Der Bezirksvorstand und insbesondere die Mitgliederverantwortlichen des Bezirksvorstands werden gebeten, Formate zu finden, um unzufriedene Mitglieder anzusprechen und gemeinsam Problemlösungen zu erörtern. Wir wollen mehr Mitglieder – insbesondere aus der lohnarbeitenden Klasse und den prekarierten und von Diskriminierung betroffenen Teilen der Bevölkerung, gewinnen, ihnen eine Stimme geben und sie fest in unser Parteileben integrieren und einbinden. Insbesondere wollen wir mehr Menschen mit Migrationsgeschichte in unseren Reihen organisieren. Die Genoss\*innen, die bereits bei uns

---

<sup>1</sup> Lesbian/Gay/Bisexual/Transsexual/Queer/Intersexual/Asexual+ // Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transsexuell, Queer, Intersexuell, Asexuell+

sind, sollen durch ansprechende Angebote aktiviert werden. Jedes Mitglied soll regelmäßig ein persönliches Angebot zum Mitmachen erhalten.

Die Basisorganisationen sollen gestärkt werden, um auch eigenständig (öffentliche) Veranstaltungen und Aktionen durchzuführen. Die Kommunikation zwischen den Basisorganisationen – insbesondere zwischen älteren und jüngeren Genoss\*innen – soll gefördert werden, beispielsweise durch die Fortführung des Generationen-Cafés und regelmäßige BO-Sprecher\*innen-Treffen, bei denen der Diskurs zwischen den Sprecher\*innen angeregt wird.

Wir sind eine pluralistische Partei. Alte und Junge, Linke aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Hintergründen, mit unterschiedlichen politischen Wurzeln und sich auf verschiedene linke Traditionen Beziehende haben den Weg in unsere Partei gefunden. Uns verbindet mehr, als uns trennt. Spaltungsabsichten, von wem auch immer, lehnen wir ab. Als LINKE wollen wir auf Grundlage unseres Grundsatzprogramms und unserer Parteitagsbeschlüsse stärker werden. Alle Amts- und Mandatsträger\*innen unserer Partei sind an unser Grundsatzprogramm und unsere auf Parteitagen beschlossenen Entscheidungen gebunden. Der Bezirksverband Mitte soll ein Vorbild für weitere Kreis- und Bezirksverbände werden und zeigen, wie eine sozialistische Mitgliederpartei funktioniert, Spaß macht und Erfolge verzeichnet. Die Zeit drängt und DIE LINKE muss jetzt liefern. Packen wir es an!

## **Beschluss A2:**

### **Innerparteiliche Streitkultur wiederbeleben – Attraktive Veranstaltungsformate für Interessierte etablieren**

Antragsteller\*innen: Falk Höpfner, Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit den Sprecher\*innen der Basisorganisationen eine regelmäßige innerparteiliche Veranstaltungsreihe zu konzipieren und zu organisieren. Ziel ist die (Wieder-)Belebung einer konstruktiven Debattenkultur, die eine kritische Auseinandersetzung der Mitglieder und ihren Positionen untereinander Raum bietet und die Grundlage für eine stringente und kämpferische Programmarbeit schafft. Die Themensetzung obliegt den Beteiligten, Sie sind jedoch aufgerufen, insbesondere zentrale Streitthemen innerhalb der Partei zur Diskussion zu stellen.

Es sollen im Kalenderjahr 2023 mindestens vier solcher Veranstaltungen durchgeführt werden. Im Kalenderjahr 2024 soll diese auf sechs erhöht und dafür Sorge getragen werden, dass dies Veranstaltungsreihe zu einem festen Bestandteil unseres Verbandslebens wird.

Hierauf aufbauend wird der Bezirksvorstand beauftragt, öffentliche Politische Diskussionsveranstaltungen zu etablieren. Thematische Schwerpunkte sollen insbesondere arbeits-, kommunal- und sozialpolitischer Natur sein und damit jene Themenfelder in den Mittelpunkt rücken, die den Kern unserer Partei ausmachen.

Mittelfristig soll so eine im Bezirk bekannte politische Veranstaltungsreihe etabliert werden, die die Bürger\*innen des Bezirks regelmäßig anzieht, Interessierte motiviert Mitglied zu werden und unsere Positionen bekannt macht.

### **Beschluss A3:**

#### **Räume für innerparteiliche Debatte nach Wiederholungswahl schaffen**

Antragsteller\*innen: BO Wedding, Bezirksvorstand

Der Bezirksverband DIE LINKE.Berlin-Mitte führt nach der Wahl am 12. Februar 2023 ein offenes Austauschforum durch. Dieses soll allen Mitgliedern des Bezirksverbands den Austausch und zur Debatte über das Wahlergebnis, ggf. stattfindende Koalitionsverhandlungen und den möglichen Wiedereintritt der LINKEN in die Berliner Landesregierung ermöglichen.

Im Falle von Koalitionsverhandlungen oder Verlautbarungen, die Regierungskoalition auf Grundlage des Koalitionsvertrags vom letzten Jahr weiterzuführen, fordert der Bezirksverband die Einberufung eines Sonderparteitags. Der Landesvorstand wird aufgefordert diesen einzuberufen. Die Landesparteitagsdelegierten des Bezirksverbands Mitte werden aufgefordert, sich für die Einberufung eines Sonderparteitags einzusetzen und entsprechende Initiativen zu unterstützen.

#### **Beschluss A4:**

#### **Berlin-Mitte braucht eine aktive LINKE**

Antragsteller: BO Wedding, Bezirksvorstand

- 1) Als der Bezirksverband DIE LINKE Mitte beteiligen wir uns aktiv am Aufbau von linkem Widerstand und unterstützen nach Möglichkeit finanziell.
- 2) Der Bezirksvorstand nimmt sich der Bündnisarbeit weiter und verstärkt an und ist aufgefordert, zu organisieren, dass der Bezirksverband DIE LINKE. Berlin Mitte in Bündnisstrukturen – z.B. am Kiezteam von Deutsche Wohnen & Co Enteignen, „Genug ist Genug!“-Kampagne oder Bündnisse gegen Rechts vertreten ist.
- 3) Der Bezirksverband Mitte Berlin stellt sicher, dass bei Protesten, die vom Landesverband unterstützt werden, Material in Form von Flyern, Fahnen und Transparenten von Die LINKE zur Verfügung gestellt wird, um sichtbar zu sein und unsere politischen Inhalte zu verbreiten.

## **Beschluss A5:**

### **DIE LINKE Mitte fordert den Weg frei zu machen für die Vergesellschaftung**

Antragsteller\*innen: BO Wedding

Anlässlich des Erscheinens des Zwischenberichtes der Expert\*innenkommission zur Vergesellschaftung der großen profitorientierten Wohnungsunternehmen mit über 3000 Wohnungen im Bestand vom 15.12.2022, fordert der Bezirksverband Mitte der DIE LINKE Berlin den Weg zur erstmaligen Anwendung des Art. 15 des Grundgesetzes freizumachen. Auch wenn die Expert\*innenkommission in unserem Sinne zu ersten Ergebnissen gekommen ist, dürfen wir nicht vergessen, dass die Vergesellschaftung in erster Linie eine politische und nur in zweiter Linie eine rechtliche und organisatorische Frage ist.

Wir fordern daher unseren LINKEN-Senator\*innen und alle unsere Abgeordneten und Verordneten der Berliner LINKEN auf, sich kämpferisch und mit Nachdruck für die Durchsetzung des demokratischen Willens der Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner einzusetzen.

Wir fordern unseren Senator\*innen auf, die Arbeit der Kommission zu unterstützen und den Blockaden der SPD im Senat entschieden entgegen zu treten und die Grünen mit ihrer Taktik der unklaren und de facto bremsenden Haltung zum Volksentscheid nicht davonkommen zu lassen.

Wir fordern unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus auf, auch nach der Wiederholungswahl das Thema Vergesellschaftung zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen und nach Abschluss der Arbeit der „Expertenkommission Vergesellschaftung“ auf Grundlage ihrer eigenen Vorarbeiten und denen der Initiative Deutsche Wohnen und Co Enteignen ein Gesetz zur Vergesellschaftung der Wohnungsunternehmen dem Abgeordnetenhaus zur Abstimmung vorzulegen; auch wenn die anderen Fraktionen der Koalition diesen nicht mittragen sollten.

## **Beschluss A6:**

### **Solidarität mit Lützerath**

Antragsteller\*innen: BO Wedding, Bezirksvorstand

DIE LINKE. Berlin Mitte solidarisiert sich mit den Aktivist\*Innen, die Lützerath versuchen vor dem Abriss zu schützen und wir fordern die Bundes- und Landesregierung NRW auf die Zerstörung des Dorfes Lützerath abzubauen.

Das Dorf Lützerath liegt im Braunkohlerevier Rheinland und soll in einem riesigen Verbundeinsatz von RWE und Polizei abgebaggert werden. Dieser Einsatz wird nicht nur mehrere Millionen Euro Steuergeld kosten, sondern ist auch unvereinbar mit dem Erreichen der 1,5 Grad Grenze und dem Einhalten des deutschen CO2-Budgets.

Am 2.1.2023 hat die Polizei NRW zusammen mit RWE begonnen, Strukturen für den offiziellen Räumungstermin am 15./16.1.2023 aufzubauen.

Alarmiert blicken wir auf diesen Einsatz.

Er ist nicht, wie häufig behauptet, nötig im Hinblick auf die Energiesicherheit Deutschlands, dies bestätigt auch eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Der Einsatz dient ausschließlich der Gewinnmaximierung von RWE und deren Aktionären, welche hierfür die Polizei auf Steuerkosten zur Hilfe ziehen.

Bei einem vergleichbaren Einsatz im Hambacher Forst ist am 19.09.2018 der Journalist Steffen Meyn gestorben.

Der Kampf für eine ökologisch- und sozial gerechte Gesellschaft ist einer, den wir zusammen mit allen führen wollen, die mit uns dafür kämpfen wollen.

Deswegen verstehen wir dieses unverhältnismäßige Vorgehen nicht nur als Schlag gegen Lützerath, sondern gegen die gesamte Klimabewegung.

Wir als LINKE solidarisieren uns mit den Aktivist\*Innen in und um Lützerath und fordern die Polizei auf sowohl physische als auch psychische Gewalt gegen Aktivist\*Innen unter allen Umständen zu vermeiden. Bundes- und Landesregierung NRW werden aufgefordert den Angriff auf und die Räumung von Lützerath sofort zu stoppen!